

CHANCE aus der KRISE



STATT Partei
Die Unabhängigen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der überraschende, unglückliche Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler sollte mehr als ein Amtswechsel sein. Er fordert zur Prüfung auf, in welcher "Verfassung" sich unser Staatswesen befindet.

Aus der historischen Situation des Geburtsjahres des GRUNDGESETZES (GG) 1949 ist zu verstehen, warum die Position des Staatsoberhauptes auf reine Repräsentation reduziert wurde. Die Stärkung der Bundesländer durch Föderalismus und das Vermeidung jeglicher zentraler Staatsgewalt wurden in dem Provisorium Grundgesetz verankert. Und das war bis zur DEUTSCHEN EINHEIT, dem Verfallsdatum des Grundgesetzes, gut so. Die Eltern des GG hatten diesem Provisorium der staatlichen Rahmenbedingungen ausdrücklich den Artikel 146 beschert.

Ein souveräner Staat souveräner Bürger jedoch sollte sich eine VERFASSUNG geben. Es ist müßig, heute zu fragen, warum dieser bedeutende Schritt vor 20 Jahren versäumt wurde oder welche Kräfte das verhinderten. Auch wenn das Ziel sicherlich keine Präsidialdemokratie ist, kann das Staatsoberhaupt eines wirklich demokratischen Staates nicht auf repräsentative Aufgaben reduziert bleiben. Wir haben einen Bundespräsidenten, der nicht einmal direkt vom VOLK gewählt ist, und dessen Verantwortung durch Staatsräson und durch einen Amtseid zur Loyalität gegenüber der Exekutive geprägt ist.

Wer einem anerkannten Finanzexperten zumutet, ohne die geringste Möglichkeit einer Mitwirkung höchst brisante Gesetze gegenzuzeichnen und in Kraft zu setzen, die er möglicherweise nicht mittragen, aber mitzuverantworten hat, sollte über diese Zusammenhänge zumindest nachdenken. Die Nominierung eines Kandidaten für die Nachfolge darf nicht nach den Grundsätzen erfolgen: Nicht wieder einen kompetenten Seiteneinsteiger nominieren, sondern nur einen der jetzigen Regierung bequemen Kandidaten und auf keinen Fall in Zukunft eine Direktwahl durch das Volk durchzuführen.

Die Machtfrage zu berühren, ist ein TABU. Leben wir wirklich in einer vom Volk getragenen DEMOKRATIE oder ist unser Staat bereits zu einer OLIGARCHIE pervertiert? In der KRISE liegt die CHANCE: Erkennen wir sie und ergreifen wir sie, um in einem souveränen Staat souveräner Bürger zu leben und unsere Zukunft zu gestalten!

Es bedarf eines Bundesverfassungsrichters, diese CHANCE zu einem Wandel umzusetzen. Deshalb der Vorschlag, parteiübergreifend einen Bundesverfassungsrichter als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu nominieren. Es obliegt einem künftigen Amtsinhaber, die Direktwahl vom VOLK auf den Weg zu bringen und entsprechend dem Artikel 146 des Grundgesetzes eine vom VOLK getragene VERFASSUNG einzufordern.

Mit freundlichem Gruß
Robert W. Hugo
Bundesvorsitzender der
STATT PARTEI
DIE UNABHÄNGIGEN

Pressekontakt
Hans Kolpak
Schmiedstraße 31
52499 Baesweiler
Telefon: 02401 607 4920
Hans.Kolpak at publicEffect.com
<http://www.publicEffect.com>

STATT Partei - DIE UNABHÄNGIGEN
Robert W. Hugo
Brunsberg 35
22529 Hamburg
Telefon 040 56 7857
hugo-hamburg at t-online.de
<http://www.STATT-Partei.de>

STATT Partei – Die Unabhängigen

STATT Partei ist ein Zusammenschluß kritisch denkender Menschen, offen für Angehörige aller Kulturen und Nationen, die in Deutschland leben. Bundespolitisch kann diese Bürgerbewegung nur mit dem Status einer Partei Einfluß nehmen. STATT Partei unterwirft sich keiner Ideologie, läßt sich weder 'rechts' noch 'links' einordnen. Eine ideologiefreie Politik schafft Raum für parteiübergreifende Initiativen. STATT Partei steht für eine Politik, die sich an den demokratischen Grundregeln des Grundgesetzes orientiert:
www.STATT-Partei.de